

DER TRAUM LEBT
Bellingham schießt England
ins WM-Halbfinale ▶ Sport

mannheimer-morgen.de/newsletter
Starten Sie informiert in den Tag mit unserem
Newsletter „Guten Morgen Mannheim!“

FRÖHLICHES STADTTEILFEST
Menschen aus Schwetzingenstadt und Oststadt
feiern in der Otto-Beck-Straße ▶ Mannheim

MONTAG, 13. JULI 2026 · NR. 158

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG

D 4624 · PREIS: 3,40 €

DAS WETTER



Montag
35/19° C

Sommerlich
heiß



Dienstag
35/21° C

Teils Sonne,
teils Wolken



Mittwoch
35/20° C

Mehr Sonne
als Wolken



Parade wirbt für Toleranz

An die 10.000 Menschen haben bei der „Monnem Pride“ in der Mannheimer Innenstadt ein Zeichen für sexuelle Vielfalt gesetzt und für Toleranz geworben.

► Berichte Mannheim

KOMMENTAR



Miriam Scharlibbe
über Nationalitäten in
Medienberichten

Wozu diese Änderung?

Wenn es nach dem Willen des baden-württembergischen Innenministers geht, wissen wir künftig also von jedem Ladendieb, welchen Pass er hat. Wir kennen auch die Nationalität von Menschen, die noch nicht eines Verbrechens überführt wurden, aber zum Kreis der Verdächtigen gezählt werden. Und wir wissen, in welchem Land die Menschen geboren sind, die zuerst verdächtig, später aber entlastet oder freigesprochen wurden. Verhindert das irgendeine Straftat im Südwesten? Nein. Aber die Zahl der Hassverbrechen und der durch Rassismus motivierten Straftaten nimmt in Deutschland zu.

Wozu also diese Regeländerung? Sie führt weder zu mehr Transparenz, wie Hagel sagt, noch erleichtert dies die Arbeit der Journalisten. Die halten sich nämlich an den Pressekodex, den ethischen Leitfaden für Qualitätsjournalismus, dem sich auch diese Redaktion verpflichtet hat.

Und dieser mahnt zur Zurückhaltung bei der vorschnellen Veröffentlichung von Details, die Vorurteile und Ressentiments schüren können. Dazu gehört neben der Konfession auch die Nationalität von Tatverdächtigen.

Natürlich gibt es Fälle, wie das Mannheimer Messerattentat, bei denen es zwingend notwendig ist, über die Herkunft der Tatbeteiligten zu sprechen. Aber das geschieht auch jetzt schon, nach gründlichen Abwägungen und immer mit dem Blick darauf, welche Auswirkungen verantwortungslose Berichterstattung haben kann.

Forscher des Münchner ifo-Instituts haben belegt, dass ein steigender Anteil an Zugewanderten in keinem Zusammenhang mit der Kriminalitätsrate an einem Ort steht. Trotzdem ist die Frage nach der Täter-Herkunft oft eine der ersten, die luthals gestellt wird. Ist es dann ein Deutscher, erlischt nicht nur manch öffentliches Interesse. Auch die Opfer solcher Taten geraten aus dem Fokus. Ein bekanntes Beispiel ist die Amokfahrt von München im Februar 2025, bei der der Täter sein Auto in eine Gewerkschafts-Demonstration steuerte und eine Mutter und ihre zweijährige Tochter starben.

Andererseits war es Muhammad A., gebürtiger Pakistaner und Wahl-Mannheimer, der mit Mut und seinem Taxi im März 2025 die Amokfahrt auf den Mannheimer Planken stoppte.

Die Nationalität eines Menschen sagt eben nichts darüber aus, ob er richtig oder falsch handelt.

Muhammad A. erhält übrigens für seine Heldentat bald die Rettungsmedaille des Landes Baden-Württemberg. Überreicht werden wird sie ihm von Innenminister Manuel Hagel.

Bundespräsident begrüßt Reformpaket

Regierung: Es reicht noch nicht, meint Frank-Walter Steinmeier aber auch. Die Kritik an den Sparbeschlüssen reißt derweil nicht ab. Besonders Hausärzte in großer Sorge.

Bonn/Berlin. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat das Reformpaket der Koalition begrüßt. Entscheidend sei nun, dass daraus wirtschaftliches Wachstum entstehe, sagte Steinmeier im Sommerinterview von ZDF-„Berlin direkt“. Ohne neues Wachstum zu erreichen, werde die Politik keinen Respekt und kein neues Vertrauen gewinnen können. „Endlich ist etwas passiert. Es ist aus meiner Sicht auch was Wichtiges passiert“, sagte Steinmeier. „Es könnte sein, dass wir gerade eine neue Phase in der Politik der Koalition erleben. Will sagen, dass man die Selbstblockade innerhalb der Koalition aufgehoben hat, aufgelöst hat“, betonte das Staatsoberhaupt. Auf die Frage, ob das schon genüge, antwortete Steinmeier: „Da kann ich nur eindeutig nein sagen.“

Nun seien zunächst Geduld und Ausdauer bei der Umsetzung der Beschlüsse gefragt. Steinmeier sprach aber von einem „ansehnlichen Paket“ der Koalition. Er rief die Sozialpartner auf, sie sollten „in diesen Reformzug einsteigen“ und da, wo Dinge optimierbar seien, versuchen, Einflüsse geltend zu machen.

Aus SPD und Union waren zuvor kritische Stimmen gekommen

Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer hält die Beschlüsse der schwarz-roten Koalition in Berlin für unzureichend, um Deutschlands wirtschaftliche Schwäche zu überwinden. „Das sind nur erste Schritte in die richtige Richtung“, sagte Kretschmer der „Welt“. „Um eine wirkliche Verbesserung der ökonomischen Situation und einen Stim-

mungswechsel zu erzeugen, sind wir noch sehr weit weg von einem Maßnahmenpaket, das uns wirklich einen Aufschwung bringt“, betonte der CDU-Politiker.

Am Freitag hatte die schwarz-rote Koalition das Spargesetz für die gesetzlichen Krankenkassen und das Gebäudemodernisierungsgesetz durch Bundestag und Bundesrat gebracht. Die Koalition will zudem die Empfehlungen der Rentenkommision komplett umsetzen. Im Koalitionsausschuss haben sich Union und SPD ferner auf ein Reformpaket mit steuerlichen Entlastungen für kleine und mittlere Einkommen ab 2027 verständigt.

Als „Fehlleistung der Bundesregierung“ bezeichnete Hamburgs Bürgermeister Peter Tschentscher das vom Bundestag beschlossene

Sparpaket für die gesetzliche Krankenversicherung. „Die hätten wir gern korrigiert“, sagte der SPD-Politiker der Deutschen Presse-Agentur und bedauerte, dass das Gesetz nicht in den Vermittlungsausschuss gegangen ist. Kritik kam auch vom Hausärzterverband sowie von den Landkreisen und Städten, die unter den Kosten für Krankenhäuser und Rettungsdienste ächzen.

Hausärzte kündigen „massive Kürzungsprogramme“ an

Die Hausärzte prognostizieren deutliche Einschnitte in der Versorgung durch das Sparpaket. „Wir werden jetzt massive Kürzungsprogramme in den Praxen fahren“, sagte der Vorsitzende des Hausärztlinnen- und Hausärzterverbands, Markus Blumenthal-Beier, im Deutschlandfunk.

Er beklagte, durch die demografische Entwicklung und weitere geplante Reformen würden die Hausärzte mehr Menschen versorgen müssen. Andererseits stiegen die Kosten für Personal und Mieten sprunghaft. Das sei für die Praxen nicht mehr zu schaffen.

Spitzenpolitiker der Koalitionsfraktionen appellierten an die Abgeordneten von Union und SPD, keine unnötigen Debatten in der parlamentarischen Sommerpause vom Zaun zu brechen und Kraft für die Umsetzung der Reformen im Herbst zu tanken. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Steffen Bilger (CDU), sagte der „Rheinischen Post“: „Gerade in dieser Phase sollte dann auch mal gelten: Lieber durchschnaufen statt draufhauen.“ dpa

Sparen statt schließen?

VW: Konzernchef lobt bisheriges Sparprogramm als „Fortschritt“.

Berlin. Im Ringen um die Zukunft von Volkswagen sieht Konzernchef Oliver Blume nach eigenen Angaben Alternativen zu Fabrikschließungen. „Es gibt intelligentere Lösungen, als Werke zu schließen“, sagte Blume der „Bild am Sonntag“. Ein Sparprogramm an den deutschen Produktionsstandorten zeige bereits Wirkung: „Unsere Fabrikkosten in Deutschland konnten wir allein im vergangenen Jahr um durchschnittlich 20 Prozent verbessern. Ein starker Fortschritt“, sagte er. Bei der Aufsichtsratsitzung am Donnerstag soll Blume einem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ zufolge mit einem weitergehenden Sparpaket gescheitert sein. Demnach stimmten die Vertreter der Arbeitnehmer und des Landes Niedersachsen dagegen. dpa

Hagel will „Klartext“

Innenministerium: Polizei im Südwesten soll künftig die Täter-Nationalität nennen.

Stuttgart. Von Diebstahl über Körperverletzung bis zum Mord: Künftig soll die Polizei in Baden-Württemberg die Nationalität von Verdächtigen in ihrer Pressearbeit aktiv und grundsätzlich nennen. Innenminister Manuel Hagel will die gemeinsame Verwaltungsvorschrift von Innen- und Justizministerium ändern – und sich für eine bundesweit einheitliche Nennung der Staatsangehörigkeit einsetzen. „Dass in Baden-Württemberg für Straftäter das eine und in Berlin das andere gelten soll – das kann doch wirklich niemand verstehen“, sagte der CDU-Politiker der „Bild“, die zuerst über das Thema berichtete.

Bislang prüft die Polizei in Baden-Württemberg vor jeder Veröffentlichung, ob ein sachlich begründetes öffentliches Interesse an der Nennung der Staatsangehörigkeit besteht. Mal wird diese genannt, mal



Manuel Hagel (CDU), Innenminister von Baden-Württemberg. BILD: MARILIAN MURAT/DPA

nicht, mal nur auf Rückfrage. „Dieses Hin und Her hat jetzt ein Ende“, so Hagel.

Künftig soll die Nationalität grundsätzlich in polizeilichen Pres-

semitteilungen genannt werden. Ausnahmen soll es laut Innenministerium etwa nur noch geben, wenn Jugendschutz, laufende Ermittlungen oder die Gefahr einer Aufhebung der Anonymisierung eines Tatverdächtigen entgegenstehen. Wer Vertrauen wolle, müsse auch Klartext reden, sagte Hagel. „Besonnen, sachlich, ohne ideologische Scheuklappen oder Polemik, aber vor allem – überall und für jeden gleich“, so der Innenminister.

Baden-Württemberg ist aber nicht das erste deutsche Bundesland, in dem die Polizei die Nationalität von Verdächtigen offensiver nennen soll als zuvor. Auch Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen nennen die Staatsangehörigkeit grundsätzlich, sofern nicht datenschutz- oder ermittlungstaktische Gründe dagegensprechen. dpa

Richtfest am Klinikum

Universitätsmedizin: Neues Gebäude für mehrere Institute.

Mannheim. Das Aufstocken des Apotheken-Gebäudes im Mannheimer Klinikum kommt voran. Mehrere Institute sollen dort einziehen, um an ihren bisherigen Standorten Platz für die „Neue Mitte“ zu machen, den Großumbau des Krankenhauses. Nun wurde das Richtfest gefeiert. Oberbürgermeister Christian Specht (CDU) sowie Verantwortliche der Universitätsmedizin sprachen von einem Leuchtturmprojekt und einem Meilenstein. Die Fertigstellung ist nach Angaben des Architekten für das erste Quartal 2028 vorgesehen. Ab dann sollen Rettungswagen die bisherige Baustellen-Zufahrt nutzen, um Patienten direkt in die Zentrale Notaufnahme zu bringen. sma

► Bericht Mannheim

Schnell gefunden
Familienanzeigen
Fernsehprogramm

Seite 16
Seite 24

Abonnement-Service
Tel.: 06 21/392-22 00
Fax: 06 21/392-14 00
Kundenservice@mannheimer-morgen.de

Anzeigen-Service
Tel.: 06 21/392-11 00
Fax: 06 21/392-14 45
Anzeigen@haas-mediengruppe.de

MM-Service & MeinMorgen-Shop
Tel.: 06 21/392-22 00
Mo.-Do. 9-16 Uhr
Dudenstraße 12-26

